
Aussprache

Nochmals: Solidarität 2000

(Zum Leserbrief von Walter Köpping
in GMH 5/89, S. 319/20)

Mit der von Walter Köpping geäußerten
Absicht bin ich voll und ganz einverstanden:
Neubelebung der Gewerkschaftsarbeit durch

mehr Diskussion, mehr öffentliche Ausein-
dersetzung auch in den Gewerkschaften um
konkrete Utopien zur Gesellschaftspolitik. Das
von ihm vorgeschlagene Mittel - Berufung
einer Arbeitsgruppe, die Beschlußvorlagen für
Vorstände und Kongresse ausarbeiten soll -
halte ich jedoch für fragwürdig. Woran es fehlt,
ist nicht eine aufpolierte Beschlußlage, an der

sich haupt- und nebenberufliche Funktionäre abarbeiten können, sondern ein entschiedener Klimawechsel im Innen- und Außenleben der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation. Und der ist mit dem gängigen „satzungsgemäßen“ Instrumentarium (allein) nicht herbeizuführen. Nötig ist, die Gewerkschaftsbewegung wieder in Gang zu bringen, deren Motive und deren Ziele über die - gewiß notwendige - Routine von Tariffbewegungen und Lohnrunden nach vereinbarten Laufzeiten weit hinausreichen. Wiederbesinnung und Neubelebung haben sich nach wie vor der Frage zu stellen, ob es „vornehmste Aufgabe“ der Gewerkschaften ist, „die Lage der arbeitenden Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu verbessern“ (Heinz Oskar Vetter, 1979) oder aber, die dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gezogenen Grenzen und die ihm innewohnenden Widersprüche und Zerstörungskräfte zu kritisieren, Augenmerk und Aktivitäten an Problemlösungen jenseits des kapitalistischen Tellerrands zu orientieren. Noch immer steht die Auseinandersetzung über die Priorität von Kapital oder Arbeit auf der Tagesordnung, die mit paritätischer Mitbestimmung, „sozialem Gleichgewicht“ und ausbalancierter „Waffengleichheit“ keinesfalls ihr Ende findet. „Mehr Sozialstaat“ zur Milderung und Auspolsterung kapitalistischer Verhältnisse dient letztlich deren Erhaltung und Ausbreitung bis in den letzten Winkel unseres Planeten - mit den bereits absehbaren irrationalen Folgen (Nord-Süd-Konflikt, Ökologiekonflikt und weitere mehr). Es gibt genügend Stimmen, Kräfte und auch Bewegung im gesellschaftlichen Umfeld der Bundesrepublik, die diese Thematik zum Diskussions- und Handlungsprogramm machen. Auf der Themenliste der deutschen Gewerkschaften haben Kritik und Konflikte dieses Kalibers - wenn überhaupt - nur einen geringen Stellenwert; Dialog und Diskurs dazu finden — wenn überhaupt — nur in sehr abgehobenen Zirkeln statt. Von Meinungsführerschaft, obwohl es auch hier ganz eindeutig um Arbeitnehmerinteressen

geht, kann keine Rede sein - nicht einmal von Parität oder Waffengleichheit. Dieser bedauerliche Zustand wird sich mit Beschlußvorlagen und anderen Regularien (allein) nicht ändern lassen. Wie aber sonst? Wer wirft den ersten Stein in den still ruhenden See, den Köpping so treffend beschreibt?

Das kann jeder einzelne sein, der sich um Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften und ihrer Aufgaben Sorgen macht - vorausgesetzt: er kann sich genügend Aufmerksamkeit und Gehör verschaffen. Und das eben wird in einer Millionenorganisation nicht „jedem einzelnen“ gelingen. Engagierter Dialog und kritischer Diskurs müssen organisiert, Öffentlichkeit muß nicht nur gefordert, sondern bewußt und planmäßig hergestellt werden. Und dazu ist wie überall unter Apparatverhältnissen auch in der Gewerkschaftsszene eine engagierte Lobby, eine auf Kooperation zielende Pressure Group nötig: Warum nicht unter dem Banner „Solidarität 2000“, dem trefflichen Stichwort und der Tagesordnung, die Michael Schneider gerade im *Diskussionsorgan* des DGB (GM 3/1989) zu Gehör gebracht hat. Waren und sind das nur „Überlegungen“ eines einzelnen, gar eines Außenseiters oder gibt es dazu auch Zustimmung und Echo aus der Mitgliedschaft, der gewerkschaftlichen Basis? Wer probiert das aus? Wer greift Schneiders Thesen auf breiter Front (und nicht nur in Leserbriefen) auf? Vielleicht entsteht dann doch eine „Arbeitsgruppe“, aber eine andere als die von Köpping vorgeschlagene: eine, die nicht „eingesetzt“ wird, sondern die sich selbst einsetzt. Die organisatorischen Vorteile einer Einheitsgewerkschaft dürfen nicht durch die Nachteile einer auf die geltende Beschlußlage festgenagelten Einheitsmeinung erkaufte werden. Dialog, Diskurs und solidarische Kritik setzen Meinungsvielfalt voraus. Bewegung entsteht noch immer aus Dialektik und wird wirksam durch Öffentlichkeit. Es wäre verfehlt und sicher auch eine Überforderung, den nötigen Klimawechsel gerade „von oben“ zu erwarten.

Christoph Georgi,
Essen